Stellungnahme des Präsidiums der KPD/ML: Zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution (Beilage)

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 1. Mai 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Nieder mit dem Regierungsmai!

Heraus zum Roten 1. Mai!

Arbeiter, Werktätige, Jugendliche in Ost und West! Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft Euch auf: „Heraus zum Roten 1. Mai! Demonstriert mit uns Eure Entschlossenheit, Schluß zu machen mit diesem System der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung! Tod dem Faschismus und Sozialfaschismus! Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie in Ost und West! Erteilt dem Regierungsmai von DGB und FDGB, den Feierstunden des Kapitals mit ihrer Propaganda der Klassenzusammenarbeit eine entschiedene Abfuhr." Am 1. Mai demonstriert das internationale Proletariat seine Stärke und Kampfentschlossenheit.

Angesichts der Tatsache, daß außer der KPD/ML auch der DGB-Apparat zu 1. Mai-Demonstrationen aufruft, die unterstützt werden von der D„K"P und verschiedenen Organisationen, die sich als oppositioneller Block an diese Demonstrationen anhängen wollen und ihnen einen scheinbar fortschrittlichen Charakter verleihen; angesichts der Tatsache, daß die Gruppe Rote Fahne (KPD) dazu zusätzlich noch eine 1. Mai-Demonstration durchführt, stellt sich für viele die Frage: Warum nicht vereint, Einigkeit macht doch stark?

Sicher, Einigkeit macht stark, aber demonstriert der DGB-Apparat am 1. Mai für die Interessen der Arbeiterklasse? Dem Anschein nach kämpft der DGB-Apparat für Vollbeschäftigung, für soziale Sicherheit, für das Recht auf Arbeit. Aber in Wirklichkeit mißbraucht er den 1. Mai, um die Arbeiter vom konsequenten Kampf für ihre Interessen abzulenken.

Der DGB-Apparat erklärt, sichere Arbeitsplätze, soziale Sicherheit seien im Kapitalismus herzustellen, wenn man die „reformfeindlichen Kräfte" zurechtweist, wenn man die paritätische Mitbestimmung und das Recht auf Arbeit durchsetzt. Doch das Leben hat eindeutig bewiesen, im Kapitalismus hat es niemals sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gegeben, geschweige denn ein Recht auf Arbeit. Eine Dauerarbeitslosenquote von 1 Million, unsere Kinder ohne gesicherte Zukunft, zu Hunderttausenden ohne Ausbildung und Beruf, das ist die kapitalistische Wirklichkeit. In den Mitbestimmungsbetrieben sind die Arbeitsplätze ebenfalls nicht sicherer, vielmehr konnten durch die Mitbestimmung die Entlassungen, die Ausbeutung und Unterdrückung noch verschärft werden.

All das zeigt, es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, wie es der DGB-Apparat den Arbeitern vormachen will. Diese Verhältnisse sind nicht durch Reformen, sondern nur durch die sozialistische Revolution grundlegend zu ändern.

Darum demonstriert die KPD/ML am 1. Mai mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften für den Sturz dieses Ausbeutersystems in der sozialistischen Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 2



Albanien: Lohnunterschiede verringert

Vorwärts auf dem revolutionären Weg!

Auf Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und des Ministerrates der Volksrepublik Albanien wurden in Albanien seit dem 1. April verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen in Stadt und Land durchgeführt. Dazu gehören verschiedene Neuerungen zur Verringerung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land sowie eine Senkung der höheren Löhne um 4-25%, so daß die oberste Lohngrenze ab sofort 900 Lek beträgt. Die Lohnunterschiede wurden damit auf das Verhältnis 1:2 gesenkt. Das heißt, daß kein Albaner, welchen Beruf auch immer er ausübt, ob Bauer oder Hochschulprofessor, weniger als 450 Lek und mehr als 900 Lek im Monat verdient. Und das ist nicht wenig, bedenkt man, daß die albanischen Werktätigen keinerlei Steuern bezahlen, daß die medizinische Versorgung nahezu kostenlos ist und daß die Preise nicht, wie bei uns, steigen, sondern vom Staat in regelmäßigen Abständen gesenkt werden.

Einerseits bedeuten diese Maßnahmen eine große Verbesserung der Lage der Werktätigen, vor allem auf dem Land. So übernimmt beispielsweise der Staat in Zukunft sämtliche Kosten für Ambulanzen, Mütterberatungsstellen, Entbindungsheime, Kindergärten und für kulturelle Einrichtungen. Die staatlichen Investitionen für den Aufbau des Hügel- und Berglandes wurden erhöht, die Zahl der Arbeitstiere vergrößert, und der Preis für Stickstoffdünger um 9-15% gesenkt. Das alles zeigt die Fürsorge des Staates der proletarischen Diktatur für die Werktätigen.

Andererseits, und das ist die Hauptseite, haben diese Beschlüsse eine große politische und ideologische Bedeutung im Klassenkampf. Sie sind ein neuer Sieg bei der Festigung der Diktatur des Proletariats.

In dem Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und des Ministerrats der Volksrepublik Albanien heißt es deshalb unter anderem:

In der heutigen Etappe des Kampfes für den vollständigen Aufbau des Sozialismus sind die fortwährende Vervollkommnung und Revolutionierung der sozialistischen Verteilungsverhältnisse sehr wichtig. Die Partei, die stets ein richtiges marxistisch-leninistisches revolutionäres Verständnis über die Rolle und Bedeutung dieser Verhältnisse hatte, verfolgte die Linie der allmählichen Verringerung der Unterschiede in der Höhe der Einkommen und in der Lebensweise zwischen der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern und den Kategorien innerhalb von ihnen, zwischen Stadt

Fortsetzung auf Seite 6, Spalte 2

Kapitalisten preisen Aufschwung

Wirklichkeit: Weltweite kapitalistische Krise

„Die Krise ist vorbei, es geht wieder aufwärts" — mit der Lügenpropaganda vom Aufschwung aus der Krise, den die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse in gemeinsamer Anstrengung erreichen könnten, versucht die westdeutsche Kapitalistenklasse seit einiger Zeit, unter den Werktätigen die Hoffnung zu schüren, daß Sorgen und Not, die Angst um den Arbeitsplatz und um die Sicherheit der Existenz bald zu Ende seien.

Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Hat sich unser Leben, das Leben der Arbeiter und der breiten werktätigen Massen, der werktätigen Bauern, der kleinen und mittleren Angestellten, der Schüler und Studenten etwa nach der letzten großen Krise in den Jahren 1966/67 verbessert? Hieß es nicht auch damals, an die Adresse der Arbeiterklasse gerichtet: „Maßhalten, damit es wieder aufwärts geht"? **Heute haben wir die tiefste und schwerste Krise seit den dreißiger Jahren, eine Krise, die nicht nur unser Land, sondern die ganze kapitalistische und revisionistische Welt erfaßt hat. Das Leben selbst zeigt, daß es in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft für die Werktätigen keinen „Aufschwung", keine „soziale Sicherheit", in Wirklichkeit kein „es geht wieder aufwärts" geben kann.**

Die bürgerliche Propaganda muß selbst zugeben, daß auch in Zukunft an eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht zu denken ist. Auch in Zukunft wird es Hunderttausende von Jugendlichen geben, die nach der Schule arbeitslos bleiben. Eben erst wurden von Kapitalistenklasse und Gewerkschaftsapparat gemeinsam auf breiter Front, in fast allen Industriezweigen und im Öffentlichen Dienst, Lohnraubabschlüsse durchgesetzt, die das Leben der Arbeiter weiter verschlechtern werden. Die Preissteigerungen haben nicht aufgehört, sondern die Teuerung geht weiter. In den Betrieben verschärfen die Kapitalisten die Arbeitshetze. Auch die Lebensverhältnisse der Werktätigen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen haben sich nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Ähnlich sieht es in den anderen Ländern der kapitalistischen Welt aus. Betrachten wir allein die Arbeitslosigkeit, die in allen kapitalistischen Ländern eine Rekordhöhe erreicht hat. In einem Kommentar von Radio Tirana heißt es dazu: „Die allgemeine Krise in der kapitalistischen Welt, die mit einem starken Produktionsrückgang und mit der massenweisen Schließung von Fabriken und Betrieben einhergeht, hat die größte bisher in diesen Ländern registrierte Arbeitslosigkeit

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Bericht über die Entwicklung der DDR 3
Hinter „Abrüstungs"-Lügen wird der Krieg vorbereitet 4
Prozeß gegen den ROTEN MORGEN — Jede 3. Ausgabe angeklagt 5
Lohnunterschiede in Albanien verringert 6
Unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien: Es lebe der Sieg im Volkskrieg 7

Betriebszeitungen der KPD/ML





















Betriebszeitung der KPD/ML für die Lindenau-Werft





Weltweite kapitalistische Krise

Fortsetzung von Seite 1

verursacht. In den 24 wichtigsten kapitalistischen Ländern, die sich um die ‚Organisation für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD)' gruppieren, hat die Arbeitslosenarmee 15 Millionen erreicht. Eine derartige Zahl ist seit der Gründung dieser Organisation noch nie dagewesen. Im Bollwerk des Weltkapitalismus, in den USA, hat die Arbeitslosigkeit ungeheure Ausmaße angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt dort 8,6 Millionen und ist die höchste Zahl seit dem zweiten Weltkrieg. In den EG-Ländern wird die Zahl der Arbeitslosen auf 4,4 Millionen geschätzt. Den Rekord in der Arbeitslosigkeit halten unter ihnen England, Italien und die Deutsche Bundesrepublik, mit jeweils über einer Million Arbeitslosen. Danach folgt Frankreich mit über 800000 Arbeitslosen. Ähnlich sieht es auch in den übrigen kapitalistischen Ländern aus, wo entsprechend den Voraussagen der verschiedenen Wirtschaftswissenschaftler künftig die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen soll." Eine allgemeine Erscheinung sind auch die Preissteigerungen, die das Leben der Werktätigen bedeutend verteuern.

Auch die revisionistischen Länder sind von der Krise erfaßt. In der Sowjetunion ist die Krise der Landwirtschaft offenkundig. Lange Schlangen von Menschen vor den Lebensmittelgeschäften sind dort eine alltägliche Erscheinung. Auch in der DDR, in Polen, in Bulgarien, Ungarn usw. mußten die herrschenden revisionistischen Cliquen zugeben, daß große Mängel in der Erfüllung der Pläne bestehen und sich die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Werktätigen mit den lebensnotwendigsten Gütern häufen. In einigen Ländern wie in Polen wurden bereits Preissteigerungen für die Güter des täglichen Bedarfs angekündigt. Diese Erscheinungen liegen nicht etwa, wie uns die reaktionäre bürgerliche Propaganda hier weismachen will, daran, daß dort der Sozialismus aufgebaut wird, sondern im Gegenteil daran, daß dort seit langem die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse wiederhergestellt worden sind.

Der große Marxist-Leninist Enver Hoxha hat uns in seiner Rede vom Oktober 1974 folgendes Bild der kapitalistisch-revisionistischen Welt gegeben: *„Von ihren inneren Widersprüchen zerfressen, von schweren und allseitigen Krisen betroffen, unter den ständigen Schlägen der Revolution, der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Fortschritts schreitet die kapitalistisch-revisionistische Welt ihrer zunehmenden Entartung und Zersetzung entgegen.*

Die Bourgeoisie bemüht sich, die gegenwärtige Krise zu bremsen und der Katastrophe zu entgehen, indem sie ihre ganze Last auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen abwälzt und ihre Profite ungeschoren bewahrt. Diese Linie wird unvermeidlich die Revolte des Proletariats und aller, die vom Kapital unterdrückt und ausgebeutet werden, hervorrufen. Die werktätigen Massen, ihre bewußtesten Kräfte, werden sich bestimmt erheben um ihre Lebensinteressen zu verteidigen und diese Krisensituation in eine günstige Situation verwandeln, um die Sache der Revolution voranzutreiben."

Gerade jetzt wird Frankreich von großen militanten Kämpfen der Studenten gegen die reaktionäre Bildungsreform erschüttert, und auch die werktätigen Bauern haben sich zum Kampf erhoben. Die Zahl der Streiks und der Arbeiter, die Betriebsbesetzungen, haben nicht nur in Frankreich, sondern auch in Italien, in England, in den USA in großem Maßstab zugenommen.

Es ist daher kein Zufall, wenn die reaktionäre bürgerliche Propaganda glauben machen will, daß die Krise gleichsam eine Naturkatastrophe sei, die in keinerlei Zusammenhang mit der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft steht, wenn sie glauben machen will, daß die Folgen der Krise durch die gemeinsamen Anstrengungen von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse beseitigt werden könnten. Aber die Krise, die heute die ganze kapitalistische und revisionistische Welt erfaßt hat, ist weder eine Naturkatastrophe, noch ein Ergebnis der „schlechten" Politik dieser oder jener Regierung — sie gehört zum Kapitalismus, wie der Deckel auf den Topf. Ihre Ursache ist das kapitalistische Ausbeutersystem selbst, die Tatsache, daß hier nicht die Bedürfnisse der Werktätigen die Produktion bestimmen, sondern die Jagd der Kapitalisten nach dem Profit. Heute, wo der Kapitalismus in sein letztes Stadium, den Imperialismus, eingetreten ist, preßt eine Handvoll von kapitalistischen Monopolen die Arbeiterklasse bis aufs Blut aus, jagen sie überall auf der Welt nicht mehr nur nach dem Profit, sondern nach dem höchstmöglichen Profit, dem Maximalprofit. Das ist der Grund für den Widersinn, daß auf der einen Seite Überfluß und Reichtum herrschen, daß eher zigtausend Tonnen von Lebensmitteln vernichtet werden, als sie den Hungernden auf der Welt zu geben, daß riesige Mengen von Kohle und anderen Rohstoffen, von Autos usw. „auf Halde" liegen, während auf der anderen Seite Not und Elend wachsen. Die Krisen können nur abgeschafft, nur beseitigt werden, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes das kapitalistische System in der proletarischen Revolution stürzen, die Diktatur des Proletariats errichten und den Sozialismus aufbauen.

Ebenso wie die Bourgeoisie selbst, versuchen auch die modernen Revisionisten, der Arbeiterklasse einzureden, daß Kapitalismus und Krise nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Die Losung von der „Erhöhung der Massenkaufkraft", mit der sie hausieren gehen, soll den Eindruck erwekken, als ob auch die Kapitalisten ein Interesse daran haben könnten, daß sich die Lebensverhältnisse der Werktätigen verbessern. Nicht der entschlossene revolutionäre Kampf gegen jeden Angriff der Kapitalisten, sondern der Appell an die angeblichen gemeinsamen Interessen zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse — das schlagen sie vor, um die Arbeiterklasse sowohl im Kampf für ihre täglichen Interessen zu entwaffnen, als auch die Idee der proletarischen Revolution zu verdunkeln, um den Kapitalismus zu retten.

Wir rufen deshalb alle Werktätigen, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land auf: „Demonstriert am 1. Mai mit uns, mit allen klassenbewußten Arbeitern überall auf der Welt: Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung, für den revolutionären Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für den Sozialismus."

Nieder mit dem Regierungsmai! Heraus zum Roten 1. Mai!

Fortsetzung von Seite 1

Die Roten 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML reihen sich ein in die revolutionären Demonstrationen auf der ganzen Welt. Gegen Imperialismus, gegen die beiden Supermächte, die größten Kriegstreiber auf der Welt, gegen Revisionismus und alle Reaktionäre. Wir blicken stolz auf die Siege beim sozialistischen Aufbau und der Festigung der Diktatur des Proletariats in den Volksrepubliken China und Albanien. Wir grüßen das tapfere Volk Kambodschas, das in diesem Jahr den ersten Jahrestag seiner Befreiung feiert. Insbesondere feiern wir an diesem 1. Mai die Gründung der Sektion DDR unserer Partei.

Wenn das sozialfaschistische Honecker-Regime am 1. Mai mit Militärparaden und Jubelfeiern die Besetzung und Ausplünderung der DDR durch die Moskauer Kreml-Zaren feiert, organisiert die KPD/ML Sektion DDR trotz Verfolgung, Terror und Illegalität bereits den Kampf für den Sturz dieses Regimes, die Vertreibung der russischen Besatzer und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Wir demonstrieren unsere Entschlossenheit, für die soziale und nationale Befreiung Deutschlands zu kämpfen, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Die Roten 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML vertreten die grundlegenden Interessen des Proletariats. Die Herren, die auf dem Regierungsmai sprechen, sind Verräter an den Interessen des Proletariats. Sie gehören entweder selbst zur Kapitalistenklasse, wie die Bonzen vom DGB und die Vertreter der Regierung, die den 1. Mai zum Stimmenfang für die Bundestagswahl nutzen, oder sie sind Handlanger des Kapitalismus, wie die D„K"P. Sie alle sind Feinde der Arbeiterklasse.

Das Zentralkomitee ruft die Werktätigen auf: „Zieht einen klaren Trennungsstrich zu den Ausbeutern, zu den Bonzen des Ausbeuterstaates und dem reaktionären Gewerkschaftsapparat! Zieht einen klaren Trennungsstrich zu den Parteien des Klassenverrates, der D„K"P und SED, den gefährlichsten Feinden in den Reihen der Arbeiterklasse, die als Agentur getarnt mit sozialistischen Phrasen die werktätigen Massen an das kapitalistische Ausbeutersystem ketten sollen. Wobei die D„K"P am liebsten auch im Westen ein sozialfaschistisches Regime errichten würde, wie es die SED in der DDR führt."

Dieser Trennungsstrich ist die Voraussetzung für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse. Die Einheit, die uns die D„K"P empfiehlt, ist die Einheit mit den Klassenfeinden, wie mit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat, sie führt zu Spaltung, Desorientierung und Niederlagen im Klassenkampf. Die Einheit der Arbeiterklasse kann nur auf revolutionärer Grundlage im schonungslosen Kampf gegen die Feinde in den eigenen Reihen geschmiedet werden.

Es ist die Pflicht der kommunistischen Partei, klare Fronten zu schaffen, den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen voranzutreiben, das Banner des Roten 1. Mai hochzuhalten und zu verteidigen. Deshalb ist es auch notwendig, dem Regierungsmai den Roten 1. Mai entgegenzustellen.

Die Organisationen, die aufrufen, an den Demonstrationen des DGB-Apparates teilzunehmen und einen oppositionellen Block bilden oder sogar zusätzlich noch eigene 1. Mai-Demonstrationen durchführen, verwischen die Fronten zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse und betreiben eine Spaltung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse.

Die KPD/ML ruft alle fortschrittlichen, alle revolutionären Menschen auf: Boykottiert den Regierungsmai. Kommt zu den zahlreichen Roten 1. Mai-Demonstrationen der KPD/ML.

Heraus zum Roten 1. Mai!

Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrükkung — Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger!

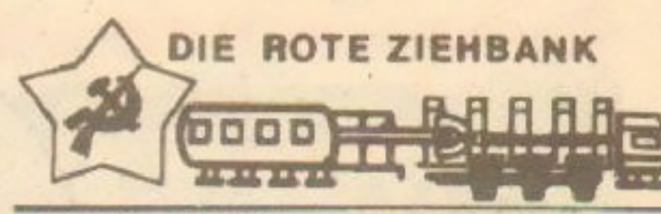
Nieder mit dem modernen Revisionismus! Nieder mit der D„K"P/SEW und der SED!

Nieder mit den beiden imperialistischen Supermächten, den größten internationalen Ausbeutern, Unterdrükkern und Kriegstreibern!

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution in Ost und West!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Betriebszeitungen der KPD/ML

















Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Betriebszeitungen der KPD/ML

























Bericht über die Entwicklung der DDR

Am Klassenkampf festhalten!

Lieber ROTER MORGEN, Euer Artikel im letzten ROTEN MORGEN über die 30 Jahre der SED hat sicherlich manchen Kommunisten, der diese 30 Jahre miterlebt hat, Anlaß gegeben, über diese Zeit Bilanz zu ziehen. Mir ist es ähnlich ergangen und ich möchte Euch einmal die Entwicklung schildern, wie ich sie selbst erlebt habe. Die Darstellung soll unseren Genossen — besonders unseren jungen — zeigen, wie man von der Aufbauphase des Sozialismus an am Klassenkampf festhalten, stets wachsam und kritisch sein muß, um bürgerliche Ansätze schon im Keim zu bekämpfen.

Wie sah es damals aus in der DDR, als sie noch ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und Blicke nicht nur der Werktätigen in Westdeutschland, sondern ganz Europas richteten? Genosse Ernst Aust hat in seiner Rede auf der Veranstaltung zur Gründung der Sektion DDR unserer Partei gesagt:

„Genossen, viele von Euch sind noch jung, und wir sollten uns heute daran erinnern, daß die DDR einmal ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und Blicke nicht nur der Werktätigen Westdeutschlands, sondern ganz Europas richteten. Schon früh wurde das Eigentum der Kriegsverbrecher und Nazis beschlagnahmt. Die Monopole wurden restlos beseitigt. Verkehrsmittel, Banken, der größte Teil der Industrie und des Handels wurden in Volkseigentum überführt. Die Bodenreform begann schon im Herbst 1945. Es wurden damals 6986 Güter und 3082 Besitzungen von Nazis konfisziert, insgesamt 3,1 Millionen Hektar Land. Davon wurden 2 Millionen Hektar an 543 000 landlose und landarme Bauern verteilt und 1 000 volkseigene Güter geschaffen.

Es waren schwierige Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR vor sich ging. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Werke und auch Verkehrswege zerstört. Aber auch die Amis warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Werke Bomben. Die Imperialisten haben Industrieanlagen, Unterlagen, ja sogar Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, daß die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten.

Aber bereits 1950 wurde der erste Zweijahresplan aufgestellt und vorfristig erfüllt. Sofort nachdem das Ruhrgebiet von der DDR abgeschnitten worden war, wurde in der Nähe von Frankfurt das Hüttenwerk J. W. Stalin errichtet. Der erste Hochofen wurde 1951 angeblasen. Im gleichen Jahr entstand das Eisenhüttenwerk West an der Saale. In Stralsund, Wismar und Warnemünde wurden große Werften erbaut. Neue Walzstraßen in Risa, Henningsdorf, Maxhütte. Die Textil- und Leichtindustrie wurde wieder aufgebaut, der Braunkohleabbau wieder aufgenommen — ich erinnere nur an das Werk ‚Schwarze Pumpe'. Und auch im Kulturwesen setzte sich der Sozialismus durch. Im Gegensatz zur revisionistischen ‚Kultur' heute entstanden damals in der DDR revolutionäre Filme, die heute drüben praktisch nicht mehr aufgeführt werden.

Das alles war nur möglich im harten Klassenkampf. Der Sozialismus wurde in der DDR nicht friedlich errichtet, wie uns Ulbricht später weismachen wollte."

Ich selbst habe damals in Ostberlin gelebt. Die Situation nach dem Krieg war äußerst schwierig. Aber trotz der großen Hungersnot und vieler anderer Leiden hatte die Bevölkerung mit großem Schwung den Aufbau Berlins begonnen. Große Teile der Bevölkerung nahmen aktiv am politischen Leben teil. Der erste deutsche Volkskongreß Ende 1947, der unter der Losung „Für Einheit und gerechten Frieden" stattfand und die anschließende Volkskongreßbewegung erfaßten fast die gesamte Bevölkerung. In den Betrieben, Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone wurden ständige Komitees der Volkskongreßbewegung gebildet. Die Mitarbeit in diesen Komitees, die Diskussionen in den Versammlungen und die Teilnahmen waren rege und lebendig. Obwohl meine Eltern keine Kommunisten waren, wurde im Elternhaus und in der Nachbarschaft sehr häufig positiv über diese neue Entwicklung nach dem Kriege gesprochen. So hatten meine Eltern auch nichts dagegen, als ich bei Gründung der Jungen Pioniere Ende 1948 deren Mitglied wurde und später in die FDJ eintrat.

Die spalterische Politik der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, die im September 1949 die Bonner Republik ausriefen, führte im Oktober 1949 zur Gründung der DDR. Dieser mutige Schritt wurde begeistert begrüßt. Es war ein neuer Anfang in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß erstmals die Arbeiter die Macht hatten.

Aber ein neuer Anfang ist immer schwierig. Um so mehr, so sehe ich das heute, hätte man jede negative Erscheinung, hätte man das Alte bekämpfen und das Neue, den Sozialismus, fördern müssen. Ich möchte versuchen, das hier an Beispielen aus Betrieben, in denen ich gearbeitet habe, darzulegen.

1951 fing ich im Transformatorenwerk in Berlin-Oberschöneweide an zu arbeiten. Es gab damals kaum Lehrstellen, und so begann ich als Botin. Die Großbetriebe waren damals fast ausschließlich mit bürgerlichen Direktoren besetzt. Es gab noch keine ausgebildeten Arbeiterdirektoren, die Arbeiterkinder hatten gerade erst angefangen, zu studieren. In vielen Betrieben oblag den Kulturdirektoren, die Genossen waren, bzw. den Parteisekretären die politische Leitung. Das war damals auch so richtig.

> **Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR**
>
> **auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321 004 — 547**
>
> **Stichwort: KPD/ML Sektion DDR**

Im Transformatorenwerk gab es ebenfalls einen Kulturdirektor, Kurt Peglow, ein alter Kommunist, der lange Jahre im KZ war. Auf dieser Direktion wurde ich als Botin eingesetzt. Die Direktion hatte ihre Räume auf einer gesonderten Etage. Das war bei den Kapitalisten so und wurde auch so übernommen. Nun ließ sich dagegen wohl kaum etwas sagen, sagen aber ließ sich etwas dagegen, daß sich vor dieser Etage ein Glaskasten — ähnlich wie unsere Pförtnerlogen — befand, der die „hohen Herren" vor den Belästigungen durch das „gemeine Volk" absichern sollte. In diesem Glaskasten saßen ein schwerbeschädigter Arbeiter und ich und warteten auf die Aufträge, die uns die Direktionssekretärinnen übergaben. Oft mußte ich abends nach Feierabend noch private Botengänge erledigen. So mußte ich beispielsweise einmal Bewerbungsunterlagen für die Sekretärin, Frl. Schlick, zur DEFA überbringen, wo sie sich als Schauspielerin bewarb.

Mit mehreren FDJlern besuchten wir abends noch einen Kursus in Schreibmaschine und Stenografie. Mit der Partei im Betrieb war abgesprochen, daß ich 2 x in der Woche eine Stunde auf der Schreibmaschine im Direktionssekretariat üben durfte. Ich durfte also nur zu diesem Zweck 2 x in der Woche in dieses Sekretariat, die andere Zeit mußte ich draußen — oftmals untätig — auf der Treppe im Glaskasten sitzen. Meinem Vater, der im gleichen Betrieb als Arbeiter tätig war, und der sich darüber beschwerte, wurde gesagt, das seien eben noch Nachkriegserscheinungen, sie würden später, wenn die ersten Aufbauschwierigkeiten vorbei wären, gelöst.

Das stimmte und daran glaubten wir auch alle. Als der Kulturdirektor einmal für eine Woche nicht im Betrieb war, ereignete sich ein Vorfall, der aber doch zu erheblicher Mißstimmung führte. In den Läden usw. gab es sehr wenig zu kaufen. Auch an Textilien gab es noch keine Angebote. Wenn größere Sendungen aus der UdSSR oder der Tschechoslowakei damals kamen, so wurden sie in erster Linie an die arbeitende Bevölkerung gegeben. Das Transformatorenwerk erhielt eines Tages eine solche Sendung von Schuhen aus der Tschechoslowakei. Es wurde auf der Direktion schon zwei Tage vorher darüber gesprochen. Dann, als die Schuhe da waren, ging alles recht geheimnisvoll zu. Zuerst kamen die Frauen der bürgerlichen Direktoren dran, obwohl sie gar kein Recht auf diese Schuhe hatten, denn die waren für die Werktätigen bestimmt. Dann bekamen die Sekretärinnen ihre Schuhe. Ein Teil ging an den Parteisekretär, ein Teil an das FDGB-Büro, nur weniges Schuhzeug ging tatsächlich an die Arbeiter in die Produktion.

Die Art der Verteilung der Schuhe löste bei den Kollegen erhebliche Mißstimmung aus. Es wurde auch darüber gesprochen, aber es wurde nur intern diskutiert. In der FDJ oder in den Betriebsparteizellen wurde dieses falsche Herangehen nicht diskutiert. Diese Geheimnistuerei wurde auch in vielen anderen Fällen praktiziert. Beispielsweise gab es 1951 noch Demontagen. Viele Sachen gingen in die UdSSR.

Natürlich arbeitete auch der Gegner in den Betrieben. So kam es des öfteren vor, daß Sabotageakte verübt wurden. Aber anstatt offen mit den Arbeitern über diese Sabotageakte zu reden und sie zur Wachsamkeit zu erziehen, verschwieg man diese Dinge. Nur im stillen Kämmerlein wurden sie besprochen. Selbst als die bürgerlichen Direktoren des Transformatorenwerkes einer nach dem anderen in den Westen türmten — sie hatten alle inzwischen über die Handelsbeziehungen ihre Kontakte zum Westen geknüpft — wurde dies offiziell nicht den Arbeitern gesagt. Auch innerhalb der FDJ hörte man nur immer bruchstückweise davon. Die Leitung übernahm dann vorübergehend einer der zurückgebliebenen Direktoren.

Wurden innerhalb der FDJ oder der Partei einige Dinge auch nicht besprochen, so wurden aber FDJler, Parteimitglieder o. a. schon damals besonders, d. h. bevorzugt behandelt. Es gab nach Feierabend nur wenige Zusammenkünfte, Schulungen etc. Viele Probleme, die behandelt werden mußten, wurden während der Betriebsarbeit besprochen. Ich wurde sehr oft von der Arbeit weggeholt. Natürlich zu Lasten meiner Kollegen, die dann meine Arbeit mitmachen mußten. Im FDJ-Sekretariat wurden dann die Aktionen besprochen, die nach Feierabend gemacht wurden. Manchmal hatten wir auch in Westberlin Einsätze. Diese Einsätze waren natürlich richtig. Aber es kam dann vor, daß die Parteigenossen und FDJler früher aus dem Betrieb gingen. Dies rief bei den Arbeitern ebenfalls Mißfallen hervor, besonders dann, wenn auch die politische Überzeugungsarbeit ungenügend war. In der Brigade, aber auch in den anderen Arbeitsbereichen mußte ja nun unsere Arbeit von den Nichtorganisierten mitgemacht werden.

Wenn ich Albanien und China heute dagegen betrachte, wo die Kommunisten die schwerste Arbeit verrichten und gerade in der Produktion unbedingt die besten Vorbilder sein müssen, und unsere Arbeit von damals damit vergleiche, so ist es schon zu verstehen, daß ein Teil der Arbeiter sauer wurde.

Eine Schulung der FDJ gab es. Aber auch sie spielte sich zumeist während der Arbeitszeit ab. Da wurde dann 1 Stunde oder so vorher aufgehört, wir versammelten uns im Sitzungszimmer und es wurde meistens das „Neue Deutschland" zitiert und über dessen Inhalt gesprochen. Klassikertexte wurden in diesen Schulungen nicht behandelt. Sie wurden hauptsächlich auf den FDJ-Schulen und Parteischulen gelehrt. Neben diesen Schulungen gab es auch häufig sogenannte Benimm-Schulungen. Diese waren natürlich immer interessant und es kamen dadurch auch mehr zur FDJ. Auf diese Idee kam damals der Parteigenosse Kurt Weissenberger, der als Mitarbeiter beim Kulturdirektor tätig war. Er brachte uns, wenn das „Neue Deutschland" diskutiert war, anschließend immer so Knigge-Kniffe bei. Beispielsweise, daß ein Mann, wenn er mit einer Frau zusammen die Treppen hinuntergeht, 1 Stufe vor dieser Frau runtersteigen muß, damit er sie auffangen kann, falls sie stolpert. Geht er die Treppe rauf, so muß er ebenfalls eine Stufe hinter der Frau gehen, damit er wieder auffangen kann. Es muß aber 1 Stufe sein, andernfalls er der Frau wieder unter den Rock gucken kann. Oder er brachte auch einmal einen Teller mit Kartoffeln mit, um uns zu zeigen, daß man Kartoffeln nicht mit dem Messer schneidet, sondern nur bricht. Oder wie man nach dem Essen Messer und Gabel hinzulegen hat usw. Nichts gegen Eßkultur, aber wenn ich heute darüber nachdenke, erscheint es mir unverständlich, daß man selbst solche Dinge im Rahmen der FDJ-Schulung mitgemacht hat. Aber damals waren sie für uns halt interessant.

Natürlich gab es neben den negativen Sachen, (die wir für natürlich hielten), auch viele positive Dinge. **So haben wir abends von der FDJ aus viele Volkstänze, Laienspiele usw. einstudiert und schöne Stunden verlebt. An Wochenenden sind wir häufig zu Einsätzen aufs Land in die Umgebung von Berlin, um den Bauern zu helfen, gefahren. Später, im Jahre 1952, als die Gesellschaft für Sport und Technik existierte, haben wir Zeltlager, Partisanenspiele, nachts nach Kompaß laufen und vieles andere unternommen. Diese militärische Vorbildung für die Jugend, die hauptsächlich von der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) geleistet wurde, machte uns viel Freude und war auch notwendig, um unsere proletarische Kampfbereitschaft zu stärken.** (wird fortgesetzt)

Betriebszeitungen der KPD/ML























Betriebszeitungen der KPD/ML

























Hinter Abrüstungs-Lügen wird der Krieg vorbereitet

Am 22. Mai werden die D,,K"P-Revisionisten unter Parolen wie ,,Abrüstung" und ,,Entspannung" in Bonn demonstrieren. Zu diesem Zweck haben sie eigens eine Initiative gegründet, an der sich Verbände der Jungsozialisten, der SHB, Ortsverbände der SPD und des DGB beteiligen wollen.

Trotz aller Beteuerungen der Revisionisten dient diese Demonstration tatsächlich nicht der Sache des Friedens, sondern deckt vielmehr die Kriegsbrandstifter. Nicht zufällig findet diese Demonstration unter Losungen statt, mit denen die Imperialisten seit Jahren bereits die Menschen betrügen und ihre Kriegsvorbereitungen zu verschleiern versuchen.

Es ist der gleiche Betrug der Revisionisten wie mit der Parole „Ostverträge sichern den Frieden". Ist der Frieden seit der Unterzeichnung dieser Verträge vielleicht sicherer geworden? Keineswegs, die Gefahr eines Krieges hat zugenommen. Gedient haben diese Verträge lediglich den Interessen des westdeutschen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus. Sie haben den westdeutschen Imperialismus nicht etwa friedlich gemacht, sondern schufen vielmehr Voraussetzungen und Musterbeispiele dafür, daß der Revanchismus und Militarismus in Westdeutschland weiter erstarkte und sein Appetit auf Expansion wuchs.

Die modernen Revisionisten sind Diener des Imperialismus, die sich als Vertreter der Interessen der Werktätigen aufspielen, um diese vor den Karren des Imperialismus zu spannen.

Nicht anders ist das mit der ,,Entspannung" und ,,Abrüstung", die die modernen Revisionisten fordern. Gerade unter dem Deckmantel der angeblichen ,,Abrüstung" hat das Wettrüsten der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der Sowjetunion, sein höchstes Ausmaß erreicht. In diesem Jahr werden beide Supermächte je über 110 Milliarden Dollar für ihre Kriegsvorbereitungen ausgeben. Es sind Rüstungshaushalte, wie es sie selbst in Kriegszeiten noch nie gegeben hat. Aus Statistiken ergibt sich, daß der Anteil der Rüstungsausgaben der beiden Supermächte an den Gesamtrüstungsausgaben von 132 Ländern 60% beträgt. Das heißt, daß die beiden Supermächte mehr für Rüstung ausgeben als die restlichen 130 Länder zusammen.

Eben diejenigen, die so laut von „Entspannung" reden, die US-Imperialisten und besonders die russischen Sozialimperialisten, sind es, die überall in der Welt Spannungen schaffen. Ob im Nahen Osten, ob Zypern oder Afrika, ob Asien oder auf den Weltmeeren — überall, wo auf der Welt Konflikte auflodern, haben die beiden Supermächte ihre Finger im Spiel. Überall rivalisieren sie miteinander, beide in dem Versuch, dem anderen die Vorherrschaft zu rauben, um die eigene zu errichten. Besonders da, wo die Völker im Kampf gegen den US-Imperialismus stehen, um sich von seinem Joch zu befreien, sind die russischen Sozialimperialisten stets zur Stelle, um sich im Gewande des ,,antiimperialistischen Freundes" einzuschleichen, an Einfluß zu gewinnen, um schließlich ihr eigenes Diktat gegen diese Völker zu errichten, wie sie es in Osteuropa bereits getan haben. Ihre besondere Gefährlichkeit liegt gerade darin, daß sie sich mit einem sozialistischen Mäntelchen tarnen, während sie in Wahrheit eine aggressive imperialistische Supermacht sind, die nach Weltherrschaft giert und zum Hauptkriegstreiber geworden ist.

Die Rivalität beider Supermächte um die Weltherrschaft hat im letzten Jahr an Schärfe zugenommen. Davon zeugt nicht nur das direkte militärische Eingreifen der russischen Sozialimperialisten in Angola mit cubanischen Truppen, sondern auch die Drohungen, die die Vertreter beider Supermächte immer offener gegeneinander ausstoßen. All dies sind deutliche Anzeichen dafür, daß die Faktoren des Krieges angewachsen sind, daß der Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Kriegsvorbereitungen an Bedeutung zunimmt.

Insbesondere die modernen Revisionisten treiben dabei eine schändliche Rolle, indem sie den Hauptkriegstreiber, den russischen Sozialimperialismus, als ,,Friedensmacht" und die ,,Entspannungs"phrasen der Supermächte als ,,Alternative" zum Krieg hinstellen. Ihre Forderungen dienen dazu, den Werktätigen Vertrauen auf die Imperialisten einzuflößen.

Dieses Vorgehen der modernen Revisionisten ist keineswegs eine neue Erfindung. Schon Lenin entlarvte dieses Vorgehen des Revisionisten Kautsky 1916: *„Die kautskyanische Predigt von der ‚Abrüstung', die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet, ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in Wirklichkeit — entgegen den ‚frommen Wünschen' der honigtriefenden Kautskyaner — nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken."* Nicht anders gilt dies für die D,,K"P-Revisionisten heute. Ihre Parolen von „Abrüstung" und ,,Entspannung" sollen den Werktätigen vorspiegeln, die Imperialisten könnten zur „Vernunft" gebracht werden. Aber ist es denn so, wie die Revisionisten behaupten, daß der imperialistische Krieg nur das Ergebnis von ,,politischem Fanatismus" oder die Idee einiger ,,Größenwahnsinniger" ist? Was waren denn die Ursachen des 1. und 2. Weltkrieges? Es war in beiden Fällen das Ringen der imperialistischen Großmächte um die Teilung und Neuaufteilung der Welt — nicht anders als wir es heute von seiten der beiden Supermächte erleben. Und dieser Kampf einiger Großmächte um Hegemonie ist untrennbarer und notwendiger Bestandteil des Imperialismus. Das gilt für Kriegswie für ,,Friedens"zeiten. Jeder Vertrag zwischen den Imperialisten — heute vor allem jeder Vertrag zwischen den beiden imperialistischen Supermächten — dient diesem Ziel der Neuaufteilung der imperialistischen Weltherrschaft.

Der imperialistische Krieg aber ist nichts anderes als die Fortsetzung dieser Politik mit anderen Mitteln.

Dies zu leugnen, wie das die modernen Revisionisten tun, heißt, den Imperialismus zu beschönigen, heißt, ihn gegenüber dem revolutionären Kampf der Völker in Schutz zu nehmen.

Ebenso wie gegen die D,,K"P-Revisionisten, die die Gefahr des imperialistischen Krieges verharmlosen, gilt es gegen eine andere revisionistische Strömung aufzutreten, die die Werktätigen auf andere Art aufruft, den Kampf gegen den westdeutschen Militarismus einzustellen. Diese Strömung benutzt die Tatsache, daß der russische Sozialimperialismus heute der Hauptkriegstreiber ist, dazu aus, die Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus als ,,Friedensmaßnahme" erscheinen zu lassen. Doch die Ziele des westdeutschen Imperialismus richten sich nicht weniger auf Expansion als die der beiden Supermächte. Mit dem Unterschied, daß der westdeutsche Imperialismus sich gegenwärtig angesichts der Kräfteverhältnisse nicht in der Lage sieht, sie nach seinen Wünschen zu realisieren. Neben den beiden Supermächten strebt der westdeutsche Imperialismus seit längerem nach einer größeren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Rolle in Europa und der Welt, und er unternimmt auch konkrete Maßnahmen in dieser Hinsicht. Die westdeutschen Imperialisten stellen sich zwar selbst zumeist als ,,Weltmacht wider Willen" dar und sprechen von ,,Aufgaben" und ,,Verantwortung", die ihnen ,,aufgedrängt" würden — doch hinter dieser ,,Bescheidenheit" steckt lediglich der Versuch, die eigenen Expansionsgelüste zu verdecken. Daß die westdeutschen Imperialisten nicht etwa für Frieden eintreten, sondern aktiv an den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte teilnehmen, zeigt sich gerade in ihrer Bereitschaft, im Rahmen des aggressiven NATO-Blockes der US-Imperialisten eine möglichst aktive Rolle zu spielen und als Statthalter des US-Imperialismus in Europa aufzutreten. In diesem Rahmen haben sie ihren Militärhaushalt auf über 40 Milliarden DM hochgeschraubt, haben sie die Bundeswehrstärke in den letzten Jahren auf 660 000 Mann gesteigert. Es ist eine imperialistische Armee gegen die Völker, die allein den imperialistischen Interessen dient.

Die Arbeiterklasse aber aufzufordern, die Militarisierung der westdeutschen Imperialisten zu dulden oder gar zu stützen, heißt, die Stärkung des westdeutschen Imperialismus gegen die Völker und gegen den Frieden zu propagieren und aktiv zu unterstützen. Nicht nur gegen die beiden Supermächte, gegen den US-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, gilt es, den Kampf mit allen Kräften zu führen, um den drohenden Krieg zu verhindern, sondern auch gegen den westdeutschen Imperialismus muß sich dieser Kampf richten.

Der imperialistische Krieg wird erst dann endgültig aus der Welt geschafft sein, wenn seine Quelle versiegt, der Imperialismus endgültig geschlagen ist. Aber heißt das, daß man gegen den jeweils konkret drohenden Krieg nichts tun kann, daß man ihm machtlos gegenübersteht? Nein, es gilt, alle Kräfte gegen die Hauptkriegstreiber zu mobilisieren, ihnen Schlag für Schlag zu versetzen, sie niederzuringen, bevor es zu einem neuen Krieg kommt. Doch dies wird nur Erfolg haben können, wenn dieser Kampf auf der Grundlage des Kampfes gegen den Imperialismus, und zwar gegen jeglichen Imperialismus geführt wird.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



Unser Gruß gilt an diesem Roten 1. Mai ganz besonders all denjenigen Genossen und Kämpfern, die nicht mit uns demonstrieren können. Ganz besonders den Genossen Schorsch, Heinz und Sascha, die an diesem Roten 1. Mai in Haft sind, weil sie 1972 an der Demonstration zum Roten Antikriegstag teilnahmen.

Schreibt den Genossen in Haft:
Heinz Baron, JVA Münster, Gartenstr. 26.
Sascha Haschemi, JVA München-Stadelheim, Stadelheimerstr.
Hans-Georg Schmidt, JVA Dieburg, Altstadt 25.

Kommt zum Prozeß des Genossen Sascha Haschemi, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 vor Gericht gestellt werden soll. Prozeßtermine: 6., 7., 10., 11., 12. und 14. Mai, 9 Uhr im Münchner Landgericht, Zimmer 219.

Betriebszeitungen der KPD/ML

























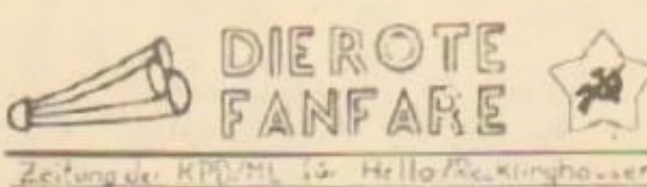
Betriebszeitungen der KPD/ML











Stadtteilzeitungen der KPD/ML















Prozess gegen den ROTEN MORGEN

Gegen jede 3. Ausgabe eine Anklage

Am 4. Mai 1976 beginnt in Dortmund der bisher umfangreichste Prozeß gegen den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML. 35 Artikel in 21 Ausgaben hat die Staatsanwaltschaft in ihren Anklageschriften aufgeführt. Bei 7 Ausgaben des ROTEN MORGEN ist bereits per Strafbefehl eine Geldstrafe von insgesamt 19000 DM ergangen und die Einziehung der gesamten Auflage verfügt worden. Alle 21 Ausgaben sind im Zeitraum Juli 1974 bis Oktober 1975 erschienen. Das heißt, daß gegen jede dritte Ausgabe des ROTEN MORGEN in diesem Zeitraum ein Verfahren eingeleitet wurde.

Eigentlich hätte dieser Prozeß gegen die zeitweilig verantwortliche Redakteurin Karin Wagner und den Verleger und verantwortlichen Redakteur Gernot Schubert bereits im März dieses Jahres stattfinden sollen. Er wurde aber verschoben. Der zuständige Richter Dr. Krahn nahm zu diesem Zeitpunkt an einer juristischen Tagung zum Thema „Gewalt im Gerichtssaal" in Trier teil! (Unter solchen und ähnlichen Themen laufen bereits seit einiger Zeit Tagungen, bei denen Richter und Staatsanwälte auf Prozesse gegen Kommunisten vorbereitet werden).

Der Umfang dieses Prozesses wie auch die besonderen Vorbereitungen des Gerichts zeigen, daß die bürgerliche Klassenjustiz einen gezielten und breiten Angriff auf die kommunistische Presse und ihre Redakteure führen will. Was will die Bourgeoisie in diesem Prozeß bestrafen?

Der Klassenjustiz kommt es einmal darauf an, dem ROTEN MORGEN den Kampf gegen einzelne Maßnahmen der Bourgeoisie, die gegen die Werktätigen gerichtet sind, zu verbieten. So wird dem ROTEN MORGEN immer wieder „Beleidigung" vorgeworfen, wenn er von Polizeimord im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Routhier spricht; verboten werden soll ihm auch, zu schreiben, daß Holger Meins das Opfer eines politischen Mordes wurde; strafbar machte sich der ROTE MORGEN, wenn er schrieb, daß politische Gefangene in Gefängnissen der Bundesrepublik gefoltert wurden usw. Die bürgerliche Klassenjustiz konzentriert sich dabei nicht zufällig auf den Kampf des ROTEN MORGEN gegen die politische Unterdrückung. Denn hier hat die Bourgeoisie die größte Sorge, daß die Leser des ROTEN MORGEN sehen, daß die Bundesrepublik keineswegs eine „Demokratie" ist, sondern, daß der „Rechtsstaat" vielmehr ein Instrument ist, mit dem die Kapitalistenklasse die Werktätigen unterdrückt.

Aber auch in anderen Bereichen ist für die Staatsanwaltschaft das „erlaubte Maß der Kritik", von dem in den Anklageschriften immer wieder die Rede ist, schnell überschritten. So steht Genosse Gernot Schubert unter anderem deshalb vor Gericht, weil der ROTE MORGEN im Januar 1975 unter der Überschrift „Stabilitätsgerechte Abschlüsse sind Lohnraub" schrieb, „daß die Kapitalisten und der Staatsapparat ... mit allen Mitteln der Demagogie, des Betruges, der Drohungen und Erpressungen die verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durchsetzen wollen." Dieser Satz, den wohl ein Großteil der Arbeiter für eine richtige Feststellung halten wird, ist in den Augen der Staatsanwaltschaft strafbar nach § 90 a und stellt eine böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik dar, die mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft wird.

Aber wenn die Staatsanwaltschaft auch zig Einzelpunkte in ihren Anklageschriften auffährt, so geht es ihr doch hauptsächlich um etwas anderes, um einen Angriff auf den Marxismus-Leninismus. **Es soll dem ROTEN MORGEN verboten werden, das, was Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung gesagt haben, auf die Bundesrepublik anzuwenden.** Es soll dem ROTEN MORGEN verboten werden, zu beweisen, daß alle einzelnen Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die Werktätigen nur zu erklären sind, wenn man sieht, daß sich in der Bundesrepublik die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse unversöhnlich gegenüberstehen, wenn man sieht, daß der Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse ist, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Und es soll dem ROTEN MORGEN verboten werden zu erklären, daß es deshalb nur einen Weg für die Arbeiterklasse gibt, sich zu befreien: den Sturz des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Deshalb ist es strafbar von Ausbeuterstaat, von Kapitalistenklasse, von „angeblicher Demokratie", von Diktatur der Bourgeoisie usw. usf. zu schreiben, also mit den wissenschaftlichen Begriffen des Marxismus-Leninismus die Wirklichkeit zu erklären.

Gemeint sind aber nicht nur diese einzelnen Begriffe. Gemeint ist die Weltanschauung, die dahinter steht, der Marxismus-Leninismus.

In einer der Anklageschriften, die gegen Genossen Gernot Schubert gerichtet sind, wird das — kaum verhüllt — auch von der Staatsanwaltschaft zugegeben. Dort wird nämlich festgestellt, daß mit Begriffen wie „Kapitalistenstaat" die Bundesrepublik gemeint ist. Dann heißt es: „Diese Folgerung ergibt sich ... auch allgemein aus der Ideologie der KPD/ML und des Angeschuldigten, wonach sich in der Bundesrepublik Deutschland eine unterdrückte Arbeiterklasse und eine Ausbeuterklasse unvereinbar gegenüberstehen. Nach dieser Ideologie ist die Bourgeoisie der herrschenden Klasse gleichzusetzen, der Staat lediglich das Instrument dieser Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Aufrechterhaltung der bestehenden Unterdrückerordnung."

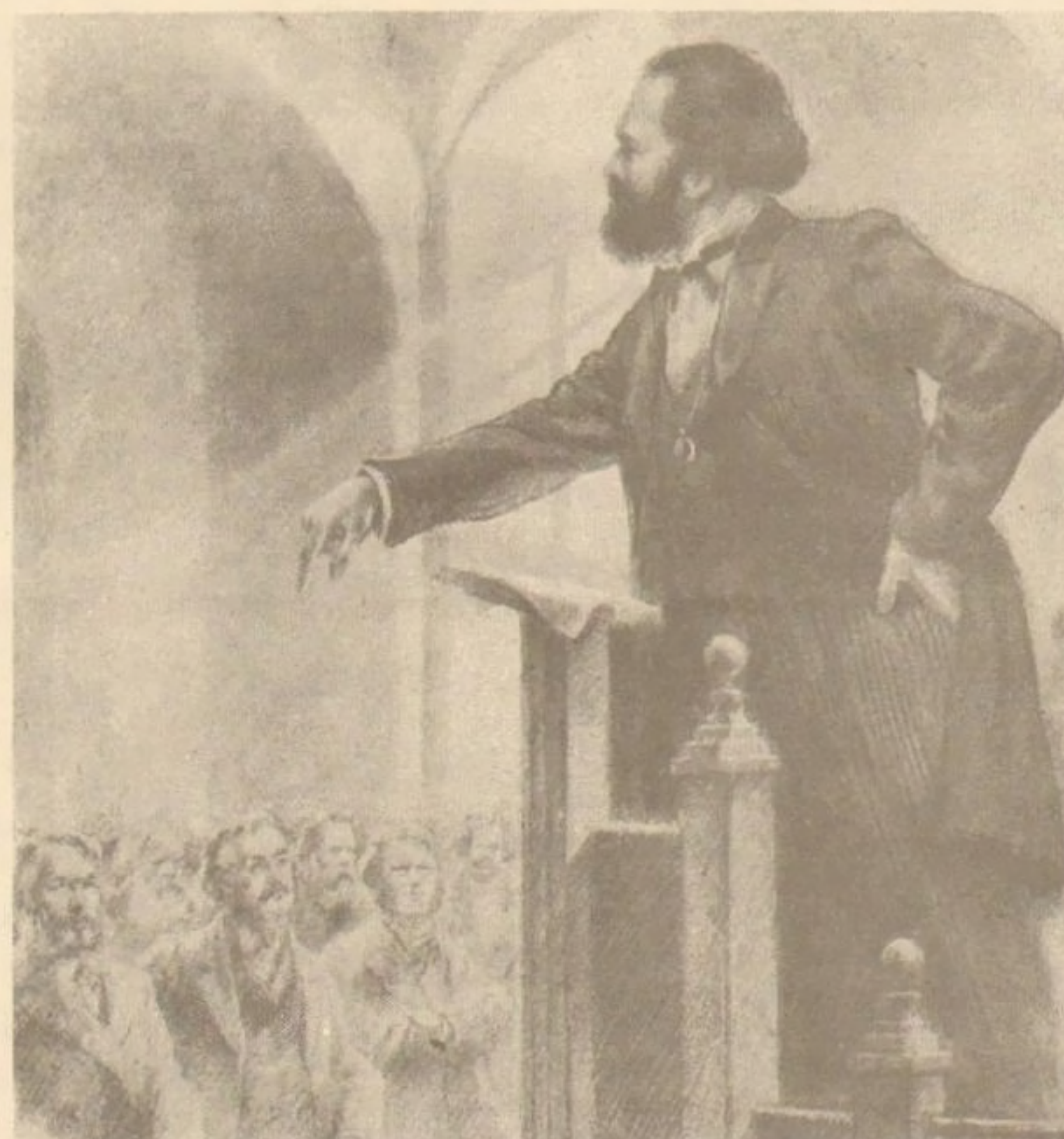
Wie man sieht, kennt die Staatsanwaltschaft sich aus und weiß ganz genau, daß sie ihre Anklage nicht hauptsächlich gegen einzelne angebliche „Beleidigungen" und „Beschimpfungen" im ROTEN MORGEN richtet, sondern gegen die Ideologie der KPD/ML, gegen den Marxismus-Leninismus. Daß sie das nicht zugibt, hat nichts zu sagen. Selbst als 1956 die KPD verboten wurde und insgesamt 26 Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin als Beweisstücke herhalten mußten, behauptete das Gericht, von einem Verbot des Marxismus-Leninismus könne keine Rede sein. Trotz Verbot der KPD, trotz des Verbots von rund 20 kommunistischen Zeitungen, trotz der Tatsache, daß die Gefängnisse mit Hunderten und Tausenden Kommunisten gefüllt waren, hieß es weiter, daß die „Freiheit der Weltanschauung" garantiert sei.

Genauso reden heute die Herrschenden davon, daß es keine Verfolgung von politischer Gesinnung gebe, beschwören sie die Meinungs- und Pressefreiheit, die angeblich existiert. Der Prozeß gegen den ROTEN MORGEN zeigt, daß das nicht stimmt. Er zeigt vielmehr — und die Staatsanwaltschaft gibt es ja selbst zu — daß hier eine Zeitung mundtot gemacht werden soll, weil sie im Gegensatz zu allen anderen Zeitungen den Marxismus-Leninismus propagiert, weil sie das Zentralorgan der KPD/ML ist.

Der Prozeß gegen den ROTEN MORGEN ist der umfangreichste Angriff auf die kommunistische Presse seit dem KPD-Verbot! Er ist ein Schritt auf dem Weg, die kommunistische Presse überhaupt auszuschalten! Schon heute häufen sich auf Prozesse gegen andere revolutionäre und fortschrittliche Zeitungen. Im Prozeß gegen den ROTEN MORGEN wird die Bourgeoisie versuchen, ein Exempel zu statuieren, um auch gegen diese Zeitungen schärfer vorzugehen.

Wir rufen deshalb alle Leser des ROTEN MORGEN auf: Informiert über den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN! Schafft Solidarität mit dem ROTEN MORGEN und mit den Angeklagten! Freiheit für den ROTEN MORGEN! Prozeßtermine: 4., 6., 11., 13., 18. Mai, jeweils 9.00 Uhr, Amtsgericht Dortmund, Zi. 23.

158. Geburtstag von Karl Marx



Am 5. Mai feiern wir den 158. Geburtstag von Karl Marx. Karl Marx ist der größte und ruhmvollste Sohn unseres Volkes, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, ein Kommunist, der Zeit seines Lebens für die Befreiung der Arbeiterklasse arbeitete und kämpfte. Er war deswegen, wie sein Freund und Kampfgefährte Friedrich Engels in seiner Rede am Grab von Karl Marx erklärte „der bestgehaßte und bestverleumdetste Mann seiner Zeit." Seit 1850 war Karl Marx gezwungen, im Exil zu leben. Er lebte mit seiner Familie ständig in großer Armut und mußte Entbehrungen und Not in Kauf nehmen. Aber das hinderte ihn nicht daran, die Waffe zu schmieden, die uns und Hunderten von Millionen Menschen auf dem ganzen Erdball den Weg zu ihrer Befreiung weist, den Marxismus.

Stadtteilzeitungen der KPD/ML



Krankenhauszeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE











Bauernzeitung der KPD/ML



Betriebszeitungen der ROTEN GARDE





Betriebszeitungen der ROTEN GARDE







Soldatenzeitungen der ROTEN GARDE

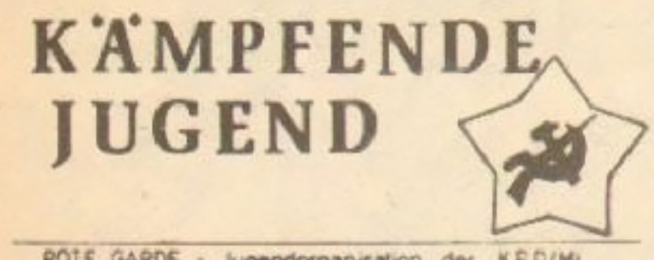


Zeitungen der ROTEN GARDE









Zeitungen der ROTEN GARDE für Schule und Hochschule







Albanien: Lohnunterschiede verringert

Fortsetzung von Seite 1

und Land. Sie kümmerte und kümmert sich darum, ein möglichst richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen der Kader und den Einkommen der Arbeiter und Genossenschaftsbauern herzustellen, damit keine spürbaren Einkommensunterschiede zugelassen werden, die die Ursache dafür werden, daß entartete Elemente und privilegierte Schichten entstehen und die Diktatur des Proletariats und den sozialistischen Aufbau unmittelbar gefährden.

Gleichzeitig kämpfte und kämpft die Partei gegen Tendenzen der kleinbürgerlichen Gleichmacherei in der Entlohnung, die ebenfalls dem Sozialismus fremd und für ihn schädlich ist.

Im Einklang mit dieser revolutionären marxistisch-leninistischen Linie wurden das Lohnsystem für die Arbeiter und Angestellten und das Entlohnungssystem für die Arbeit der Genossenschaftler ausgebaut und von Zeit zu Zeit vervollkommnet, indem stets das sozialistische Gesetz der Verteilung nach Leistung zugrunde gelegt wurde. Die Durchführung dieses Systems hat es ermöglicht, die Differenzen zwischen den niedrigen und hohen Löhnen, zwischen den Einkommen der Angestellten, Arbeiter und Genossenschaftsbauern zu verringern und sie in ein richtigeres Verhältnis zu bringen.

Das glatte Gegenteil geschieht in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, wo die Entlohnung der Arbeit auf der Bereicherung der Minderheit beruht, die die Mehrheit ausbeutet und unterdrückt.

Um die auf dem Gebiet der Verteilung verfolgte Linie zu vertiefen, beschlossen das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und der Ministerrat der Volksrepublik Albanien, indem sie die Direktiven des 6. Parteitags der Partei der Arbeit Albaniens und die Lehren des Genossen Enver Hoxha berücksichtigten und die revolutionären Initiativen der Werktätigen für die Vervollkommnung des Systems der Löhne und der Entlohnung der Arbeit befürworteten und billigten, damit die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen Stadt und Land aufgrund der Bedingungen und Möglichkeiten weiter verringert werden, die die sozialistische Entwicklung der Volkswirtschaft geschaffen hat, folgendes:

I. Über die Senkung der hohen Löhne und einige Verbesserungen im Lohn- und Prämiensystem der Werktätigen:

1. Damit richtigere Verhältnisse zwischen den Löhnen der Arbeiter und Angestellten sowie zwischen den Löhnen der verschiedenen Angestelltenkategorien hergestellt werden, werden die hohen Löhne der leitenden Kader, der Intelligenz und der Kader der Streitkräfte über 900 Lek monatlich gesenkt, ohne die niedrigen und mittleren Löhne anzutasten, abgesehen von Einzelfällen, um die nötigen Verhältnisse zu wahren. Der Grad der Senkung der hohen Löhne wird 4 bis 25% des heutigen Lohns betragen. Diese Maßnahme von großer ideologisch-politischer Bedeutung zielt darauf ab, die Kader weiter zu revolutionieren, ihr Lebensniveau dem allgemeinen Niveau der Massen anzunähern und Karrierismus und Drang nach Büroarbeit und vielen anderen Übeln den Weg zu verlegen, die sich auf die bürgerlich-revisionistische Entartung auswirken.

2. Entsprechend der revolutionären Initiativen der Werktätigen von Literatur und Kunst, Bildungswesen und Wissenschaft zusätzliches Honorar auf den Grundlohn zu streichen und die materiellen Stimuli besser mit den moralischen abzustimmen, indem den moralischen Stimuli Vorrang gegeben wird, werden die Löhne der Lehrkräfte und wissenschaftlichen Kräfte der Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen um 14 bis 22%, die Honorare für akademische Grade und Titel bis zu 50%, die Honorare für literarische, künstlerische und wissenschaftliche Werke 30 bis 50% gesenkt, sowie einige Prämien und andere Aufschläge in manchen Wirtschaftszweigen gestrichen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen ungerechtfertigt sind. Diese Maßnahmen tragen zur revolutionären Erziehung der Werktätigen dieses wichtigen Gebiets der gesellschaftlichen Tätigkeit und zur Verstärkung der proletarischen Einfachheit bei. Sie regen sie dazu an, sich stets vom Allgemeininteresse der Revolution und des Sozialismus leiten zu lassen und unter ähnlichen Bedingungen wie die übrigen Werktätigen zu leben.

3. Die Löhne der Arbeiter der Landwirtschaft und des Obstbaus der landwirtschaftlichen Betriebe werden erhöht, indem die Entlohnung ihrer Arbeit auch mit der Realisierung des Produktionsplans verbunden wird." Soweit einige der Maßnahmen, die der Beschluß umfaßt.

Die Zeitung „Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens schreibt in ihrem Leitartikel über diesen Beschluß:

„Dieser Beschluß ist die Fortsetzung und Vertiefung der Politik der Partei der Arbeit, der stets die Verteidigung der Interessen des Volkes, die Erfüllung seiner wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse zugrunde lag. Der in diesem Beschluß vorgesehene Komplex von Maßnahmen ist die konkrete Anwendung der wichtigen Richtlinien des 6. Parteitages (November 1971 — RM). ,*Die Partei*', betonte Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag ,*wird auch in Zukunft ihre richtige Politik zur Erhöhung des Wohlstandes verfolgen, um einen allgemeinen Wohlstand für das ganze Volk zu sichern; um die breitesten und dringendsten wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Werktätigen zu erfüllen, um die Unterschiede in der Höhe der Einnahmen und im Leben der Werktätigen zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten immer mehr zu verringern.*' Die Klassiker des Marxismus-Leninismus lehren, daß die Verteilung der Produktion im Sozialismus auf den Prinzipien beruht: ,Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung', ,gleicher Lohn für gleiche Arbeit'. Sie betonten jedoch, daß die Lohnunterschiede so gering wie möglich sein müssen, daß der Lohn eines Büroangestellten, wie Lenin sagte, ,nicht höher als der Durchschnittslohn eines guten Arbeiters sein darf'."



Mit der Entlarvung Deng Hsiao-pings hat die Diktatur des Proletariats in der VR China einen hervorragenden Erfolg erzielt. Deng Hsiao-ping versuchte mit seiner revisionistischen Theorie, die Entwicklung der Produktion über die Frage der politischen Macht der Arbeiterklasse zu stellen, das chinesische Volk auf den Weg des Kapitalismus zu bringen. Doch unter der Führung seiner Kommunistischen Partei, unter der direkten Leitung des Genossen Mao Tsetung, hat das chinesische Volk diesen Angriff in einen Gegenangriff verwandelt, in dem Millionen Werktätige die Machenschaften der konterrevolutionären Clique um Deng Hsiao-ping verurteilen und den Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats vorantreiben.

Unser Weg steht diametral dem Weg der Revisionisten entgegen", schreibt „Zëri i Popullit". Auf dem 25. Parteitag der sowjetrevisionistischen Partei wurde offen erklärt, daß ihre Politik auf dem Gebiet der Einkommen und des Konsums, wie schon zuvor, davon ausgeht, daß der Hauptweg, um die Einkommen zu erhöhen, die Erhöhung der Löhne ist, vor allem die Erhöhung der Löhne der leitenden Kader und der Spezialisten, die heute zu Bourgeois neuen Typs entartet sind. In den revisionistischen Ländern, wo wilde Ausbeutung und Unterdrückung herrschen und sich die Klassenpolarisierung stets weiter vertieft, sichern sich die Leute der revisionistischen Kaste allein durch unrechtmäßige Löhne und Prämien zwanzig- und mehrfach höhere Einkommen als die Arbeiter, ohne hierbei zu rechnen, was sie sich durch Spekulationen weiter aneignen. In den Ländern der kapitalistisch-revisionistischen Welt, wo alles dem Ziel untergeordnet ist, Maximalprofite zu erlangen. verschlechtert sich das Leben der werktätigen Massen immer mehr, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

„Die Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus", schreibt „Zëri i Popullit", „hat bestätigt, daß die fortwährende Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes der werktätigen Massen auf dem revolutionären Weg erreicht wird, die Produktion der materiellen Güter zu erhöhen, die Wirtschaft allseitig und beständig zu entwickeln, indem der Auftrag der Partei in die Tat umgesetzt wird: Mehr, schneller, besser und billiger produzieren! Daher werden die werktätigen Massen unseres Landes auch in Zukunft auf diesem von unserer Partei stets verfolgten marxistisch-leninistischen Weg voranschreiten, dem einzig korrekten Weg, um den Wohlstand des Volkes zu heben. Die in dem Beschluß des Zentralkomitees der Partei und des Ministerrats enthaltenen Maßnahmen haben einen tiefen ideologisch-politischen und gesellschaftlichen Inhalt. **Sie haben ihre nationale Bedeutung, sind aber auch ein bedeutender Beitrag zum Schatz des Marxismus-Leninismus. Sie zeigen, daß die Partei der Arbeit Albaniens eine schöpferische, systematische und revolutionäre Arbeit leistet, um mutig und wohlüberlegt die Prinzipien des Marxismus-Leninismus anzuwenden.**

Zeitungen der ROTEN GARDE für Schule und Hochschule



DAS REVOLUTIONÄRE BÜNDNIS

Ohne mit den Arbeiter- und Bauernmassen eins zu werden wird die Intelligenz nichts zustande bringen können (Mao Tse-Tung)















STUDENT IM KLASSENKAMPF

Zeitung der Hochschulzellen der KPD/ML und des KSB/ML Bielefeld



DAS REVOLUTIONÄRE BÜNDNIS

Zeitung des KSB/ML

für die Ruhr-Universität Bochum

Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.

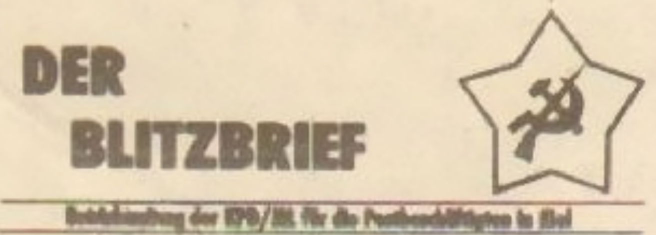






















Unter der Führung der marxistisch - leninistischen Parteien

Es lebe der Sieg im Volkskrieg

In verschiedenen Ländern Südostasiens und Lateinamerikas kämpfen die unterdrückten Völker unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien im revolutionären Volkskrieg, um sich vom Joch des Imperialismus, vor allem des amerikanischen Imperialismus, zu befreien, die wirkliche Unabhängigkeit zu erringen und um in der demokratischen Revolution die Herrschaft der reaktionären Ausbeuterklassen, der Feudalherren und der eng mit dem Imperialismus verbundenen Großbourgeoisie, zu zerschlagen.

Über diese Kämpfe versuchen die Imperialisten und die modernen Revisionisten in der gleichen Weise eine Mauer des Schweigens zu errichten.

Es ist deshalb gerade am 1. Mai unsere besondere Pflicht, im Geist des proletarischen Internationalismus den schweren Kampf des kolumbianischen und brasilianischen Volkes, der Völker Thailands, Burmas, Malayas, der Philippinen und Nordkalimantans (Borneo) und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutparteien nach Kräften zu unterstützen und bekannt zu machen.

In Lateinamerika waren es die Bauern im Nordosten Kolumbiens, die zuerst unter der Führung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten die Fahne des revolutionären Volkskrieges erhoben haben. Es existieren befreite Gebiete, in denen die ersten Keime der Volksmacht ,die „patriotischen Junten“, der zukünftigen Volksrepublik Kolumbien gebildet wurden. Trotz der Ermordung des Führers der Partei im vergangenen Jahr durch das reaktionäre Regime, hat sich der Befreiungskampf des kolumbianischen Volkes heute stärker denn je entwickelt.

In Brasilien wurde vor vier Jahren in Araguaia die Flamme des bewaffneten Kampfes entzündet. Seit dieser Zeit unterstützt und führt die Kommunistische Partei Brasiliens den Kampf der Partisanen von Araguaia. Es ist ihr Ziel, diesen Kampf auf das ganze Land auszudehnen, weil dies der einzige Weg ist, um das reaktionäre, volksfeindliche und antinationale Regime zu vernichten.

Über eine reiche Kampferfahrung verfügt die Kommunistische Partei Thailands, unter deren Führung das thailändische Volk vor elf Jahren zu den Waffen gegriffen und seine Streitkräfte geschaffen hat, die heute die thailändische Befreiungsarmee bilden. Das thailändische Volk befreite bereits weite Teile des Landes und errichtete die Volksmacht in zahlreichen Provinzen.

In Burma brüstete sich das reaktionäre Regime des Generals Ne Win im vergangenen Jahr damit, die Kommunistische Partei Burmas und die von ihr geführte Volksbefreiungsarmee zerschlagen zu haben. Aber trotz des schweren Verlustes durch die Ermordung des Vorsitzenden des ZK und des Sekretärs des ZK der KP Burmas, gelang es dem reaktionären Regime nicht, den Befreiungskampf, den das burmesische Volk mit der Waffe in der Hand führt, zu zerschlagen. Nach wie vor existieren befreite Gebiete, in denen die Volksmacht errichtet ist und nach wie vor versetzt die Volksbefreiungsarmee den Truppen des reaktionären Regimes schwere Schläge.

Auch in Malaya, auf den Philippinen und Nordkalimantan hat sich das Volk unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Parteien, der KP Malayas, der KP der Philippinen/Marxisten-Leninisten und der KP Nordkalimantans, im revolutionären Volkskrieg erhoben. Trotz der schwierigen Kampfesbedingungen und der zeitweiligen Rückschläge, gelang es den Befreiungskämpfern auch hier, Stützpunktgebiete und befreite Zonen zu erkämpfen und den bewaffneten Kampf auf immer größere Teile der Länder auszudehnen.

Der Aufschwung und die Ausdehnung des von den marxistisch-leninistischen Parteien geführten Volkskrieges ist nur möglich gewesen im Kampf gegen die revisionistischen Verräter. Überall, in Brasilien, in Kolumbien, auf den Philippinen usw. versuchten sie, die marxistisch-leninistischen Parteien von innen her zu zerschlagen und riefen dazu auf, die Waffen aus der Hand zu legen, weil der revolutionäre Volkskrieg angeblich überholt sei. Mit der Machtergreifung der Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion verstärkten die modernen Revisionisten überall ihre verräterischen Aktivitäten. Ihre Politik bedeutete die bedingungslose Kapitulation vor dem Imperialismus, vor allem vor dem USA-Imperialismus und seinen Lakaien. So gelang es den modernen Revisionisten z. B. auf den Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei stehenden, wohlbewaffneten und gutorganisierten Verbände der HUK, die im antijapanischen Krieg entstanden waren, zu zersetzen, so daß der revolutionäre Volkskrieg auf den Philippinen Ende der fünfziger Jahre praktisch zum Erliegen kam. Infolge des Verrats der modernen Revisionisten gelang es den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien in einer Reihe von Ländern die revolutionäre Bewegung des Volkes vorübergehend blutig zu unterdrücken, wie in Indonesien und in Chile.

In anderen Ländern, vor allem in Lateinamerika, begünstigte der revisionistische Verrat die Entstehung und Ausbreitung kleinbürgerlicher Ansichten über den bewaffneten Kampf, wie sie von den „Stadtguerillas“, „Tupamaros“ usw. auch heute noch vertreten werden. Danach ist der bewaffnete Kampf das Werk einer kleinen Gruppe von Menschen, die ihre Aktionen durchführen, ohne sich auf die breiten Massen des Volkes zu stützen, die nicht beachten, daß, wie Genosse Mao Tsetung sagt, „der revolutionäre Krieg ein Krieg der Volksmassen“ ist, den man nur führen kann, „indem man die Volksmassen mobilisiert, indem man sich auf die Volksmassen stützt.“

Heute geben sich die modernen Revisionisten manchmal den Anschein, als ob sie den revolutionären Volkskrieg in manchen Gebieten unterstützen. Wie die Ereignisse in Angola zeigen, bezwecken sie damit aber nur, die Befreiungsbewegungen zu spalten, den revolutionären Kampf zu unterdrücken und es dem russischen Sozialimperialismus möglich zu machen, an die Stelle der alten Kolonialisten und imperialistischen Räuber zu treten.

Die marxistisch-leninistischen Parteien, die an der Spitze des revolutionären Volkskrieges gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien stehen, kämpfen deswegen gleichzeitig gegen alle Versuche der modernen Revisionisten und vor allem des russischen Sozialimperialismus, den Befreiungskampf der unterdrückten Völker für ihre eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen.

Die Führung des revolutionären Volkskrieges, des einzigen Weges, um die nationaldemokratische Revolution zum Sieg zu führen, durch die marxistisch-leninistischen Parteien ist von entscheidender Bedeutung. Überall da, wo diese Führung fehlt, besteht die große Gefahr, daß der Befreiungskampf der unterdrückten Völker, wie zuletzt in Angola, vom Imperialismus, d. h. heute vor allem von den beiden Supermächten, unterdrückt und niedergeschlagen wird. Die marxistisch-leninistischen Parteien verwirklichen die führende Rolle der Arbeiterklasse, die als die revolutionärste Klasse der Gesellschaft, als einzige in der Lage ist, die nationaldemokratische Revolution bis zu Ende zu führen und wie in China und Albanien die Revolution auf den Weg des Sozialismus führen kann.

„Deshalb“, so hat das ZK unserer Partei in seiner Neujahrsgrußadresse erklärt, „ist es von großer Bedeutung, daß mit dem Aufschwung der revolutionären Kräfte in der ganzen Welt gleichzeitig auch die marxistisch-leninistischen Kräfte erstarken, die letztlich allein in der Lage sind, den Kämpfen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker eine klare Orientierung zu geben.“

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL — Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNÍ-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO) — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m.-l.)

Türkei
HALKIN SESİ 42

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6,00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

19.00-20.00	43,3 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	43,3 m entspricht	6,92 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.

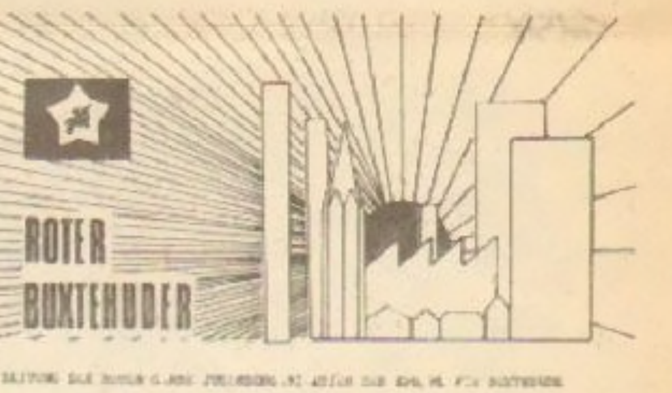




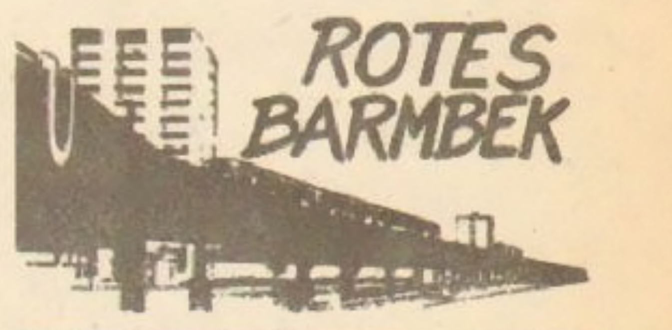


















Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.









SDAJ und MSB-Festival in Dortmund

ROTE GARDE bekämpft revisionistischen Werberummel

Mit einem riesigen Reklamerummel hatten SDAJ und MSB, die beiden Jugendorganisationen der D„K"P zu ihrem Festival am 24. April in Dortmund geworben. Warum dieses Spektakel? Die D„K"P will unter allen Umständen ihren Einfluß auf die Massen ausweiten. Das hat sie auf ihrem Parteitag in Bonn deutlich zu erkennen gegeben. Dabei bedient sie sich der verschiedensten Methoden. Da die Kollegen die steigenden Preise immer mehr zu spüren bekommen, bietet die D„K"P ihnen z. B. Eier zu „Preisstopperpreisen", um sich einzuschmeicheln. Bei den Jugendlichen greift sie das Interesse für Sport, Musik, Kultur auf, um sie zu ihrem Festival zu locken.

Mit ihren wirklichen Absichten halten sie bewußt hinterm Berg. Denn für einen „Sozialismus" wie in der DDR, in dem die Arbeiterklasse von der neuen Bourgeoisie unterdrückt wird, der sich mit Stacheldraht und Mauer umgibt, bedanken sich die Jugendlichen. Von den großen Versprechungen angelockt, kamen viele zu dem Festival nach Dortmund. Doch vor allem in der großen Westfalenhalle verbreitete sich bei vielen Resignation und Unlust, denn die bürgerliche Musik, die dort gespielt wurde, bietet der Jugend keine Perspektive, sondern verursacht ein Gefühl der Leere und Sinnlosigkeit. Mit solcher Musik versuchen die Revisionisten, die Jugend zu betäuben und vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.

Viele Versprechen erwiesen sich als reine Lockmittel. So waren die „Preisstopperpreise" genauso hoch, wie auf jedem anderen Jahrmarkt, den Jugendlichen wurde regelrecht das Geld aus der Tasche gezogen. Die Frikadellen und andere Lebensmittel waren so ungenießbar, daß viele von ihnen weggeschmissen wurden.

Das wichtigste Ziel der SDAJ war es, möglichst viele Jugendliche an sich zu ziehen. Nicht unbedingt mit politischen Mitteln, sondern die Revisionisten wollten den Eindruck erwecken, daß bei ihnen was los ist, daß es sich lohnt bei ihnen dabei zu sein.

So wurde zwischen zwei Darbietungen z. B. gerufen: „Eins, zwei, drei, in die Hände gespuckt, hinein in die SDAJ!" An einigen Ständen wurde angepriesen: „Hier kannst Du Mitglied der SDAJ werden." In den kleineren Nebenhallen wurde eine andere Methode angewandt. Hier sollten die näherstehenden Sympathisanten und Mitglieder noch fester an die Ideologie des modernen Revisionismus und an die D„K"P gekettet werden.

— Da wurde der Sozialimperialismus, diese aggressive Supermacht, in den schönsten Farben gemalt, als das Zentrum der internationalen Solidarität, des Friedens und des Sozialismus.

— Da wurde Luis Corvalan, der als Vorsitzender der „K"P Chiles entscheidend durch seine Propaganda für den friedlichen Weg zum Sozialismus dazu beigetragen hat, daß das chilenische Volk dem amerikanischen Imperialismus wehrlos gegenüberstand, als Held und Märtyrer gefeiert.

— Da wurde die Gefahr des Rechtskartells von Strauß und Co. beschworen, um von der Faschisierung durch den bürgerlichen Staatsapparat abzulenken.

— Und auch die D„K"P-Liedermacher wie Süverkrüp verbreiteten die revisionistische und pazifistische Ideologie, predigten friedliche und legale Kampfformen, um vom revolutionären Klassenkampf, vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten.

Die D„K"P wird sicher in Zukunft noch mehr solche Festivals organisieren. So soll die Jugend insgesamt an den Imperialismus gekettet, soll politisch und ideologisch entwaffnet werden, so ebnet die D„K"P dem Faschismus den Weg. So soll auch verhindert werden, daß die Jugendlichen das wahre aggressive Wesen des russischen Sozialimperialismus erkennen.

Die ROTE GARDE NRW hat es sich schon vor dem Festival zur Kampfaufgabe gemacht, die Pläne der Revisionisten zu durchkreuzen. Ein Flugblatt wurde an vielen Stellen, wo die Revisionisten warben, verteilt. In Jugendheimen diskutierten Rotgardisten mit Jugendlichen und forderten sie auf, nicht zum Festival zu gehen. Werbeplakate der D„K"P wurden mit Aufklebern der ROTEN GARDE versehen. In Dortmund gingen viele Werbeplakate zu Bruch und wurden morgens von der Müllabfuhr dorthin gebracht, wo sie hingehören.

In Essen konnte eine Vorbereitungsveranstaltung für das Festival gar nicht stattfinden, weil außer ein paar SDAJlern, der ROTEN GARDE und dem KJVD niemand gekommen war. Der Versuch der SDAJ, die Polizei zu holen, wurde unterbunden, konterrevolutionäre Materialien vernichtet und zum Schluß wurden noch revolutionäre Parolen an die Wände gemalt.

Auf dem Festival selbst warfen die Genossen 30000 Handzettel unter die Besucher mit Karikaturen und kurzen Texten. Außerdem wurden viele Flugblätter verteilt. Hier zeigten die Revisionisten ihr wahres sozialfaschistisches Gesicht. Sie haben vier Flugblattverteiler feige mit einer großen Übermacht zusammengeschlagen. Trotzdem konnten sie nicht verhindern, daß viele Jugendliche an diesem Tag die ROTE GARDE in irgendeiner Form kennengelernt haben.

Nachmittags um 17 Uhr organisierte die ROTE GARDE vor dem Haupteingang eine Kundgebung. Hier griffen sich die Revisionisten einen Jugendlichen heraus, der gar nicht an der Kundgebung beteiligt war, den sie wohl meinten als Kommunisten zu kennen und schlugen auf ihn ein. Nach der Kundgebung wurde ein kurzer Demonstrationszug gebildet, bei dem Parolen gegen die Sozialfaschisten gerufen wurden. Mit Walky Talkies hatten die Revisionisten schnell ihre gesamte Schlägertruppe zusammengerufen, so daß wir uns schließlich geordnet zurückzogen. So mancher von diesen Schlägern hat allerdings noch einen Denkzettel erhalten.

Zeitungen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, die seit dem letzten 1. Mai erschienen sind.











Heraus zum Roten 1. Mai !

Demonstrationen :

Westberlin, 12 Uhr, Leopoldplatz.

Hamburg, 11 Uhr, Dulsberg-Süd, Elsässer Str., Abschlußkundgebung 12.45 Uhr, Barmbek, Hölderlin-Allee/Stormannstr.

Kiel, 10.30 Uhr, Vineta-Platz, Kiel-Gaarden, Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, gleicher Ort.

Bremen, 11 Uhr, Waller Seebad, Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, Rostockerstr./Parchemerstr.

Hannover, 10.30 Uhr, Freizeitheim „Linden", Windheim, Abschlußkundgebung 13 Uhr, Lindener Markt.

Dortmund, 10 Uhr, Nordmarkt, Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, Kleiner Borsig Platz.

Duisburg: 11 Uhr, Tellmannstr./Marxloh, Abschlußkundgebung 13.30 Uhr Duisburg-Schmidthorst, Otto-Hahn-Str.

Ludwigshafen, 10 Uhr, Ebert-Park, Abschlußkundgebung 12.30 Uhr, gleicher Ort.

Frankfurt, 11 Uhr, Paulsplatz.

Stuttgart, (Ost), 11 Uhr, Wagenburgstr./Klingenstraße.

München, 11 Uhr, Karolinenplatz.

Veranstaltungen :

Hamburg, (Wilhelmsburg), 30. 4., 19 Uhr, Vogelhüttendeich 10, „Stübens Gesellschaftsräume".
Kiel, 1. 5., 18 Uhr, Eckernförder Str. (Buslinie 5/15), Gastst. „Waidmannsruh".
Bremen, 1. 5., 19 Uhr, Bromberger Str., „Schützenhof".
Neumünster, 30. 4. 76, 19 Uhr, Schillerstraße, Aula der Eichendorf Schule.
Wolfsburg, 30. 4., 19 Uhr, Hansaplatz, Freizeitheim Nord.
Dortmund, (Mengede), 1. 5., 16 Uhr, Am Markt „Mengeder Saalbau".
Essen, (Katernberg), 30. 4., 19 Uhr, Ottenkämper Weg, Gastst. „Bürgerhaus".
Duisburg, 1. 5., 17 Uhr, „Ratskeller Hamborn".
Düsseldorf, 30. 4., 19 Uhr, Kölner Str. 45, Gaststätte „Gatzweiler".
Vlotho, 30. 4., 19 Uhr, „Ratsstüben"
Ludwigshafen, 1. 5., 16.30 Uhr, Königsbacher Str. 12, Gaststätte „Volkshaus".
Frankfurt, 1. 5., 17 Uhr, „Bürgerhaus Sindlingen".
Karlsruhe, 30. 4., 19 Uhr, „Römerhof".
Kassel, 1. 5., 18 Uhr, Wehlheider Kreuz, „Bürgerschenke"
Stuttgart, (Ost), 1. 5., 15 Uhr, Rotenbergstr., „Friedenau".
München, 30. 4., 19 Uhr, „Thomasbräukeller".
Nürnberg, 1. 5., 17 Uhr, Schlachthofstr., Gaststätte „Schlachthof".

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

◯ für 1 Jahr ◯ für 1/2 Jahr ◯ Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift . . . . Datum . . . .

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

◯ jährlich DM 30,-- ◯ halbjährlich DM 15,-- ◯ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4399137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 376744, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, Öffnungszeiten: Mo-Fr 18-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74762, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

— ANZEIGE —

Soeben erschienen:



Langspielplatte
Preis 20,— DM
Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11,
Postfach 11 1649